

An die Medien
der Region Basel

Basel, den 19. Januar 2016

Medienmitteilung

Menschenrechte sind nicht verhandelbar, und bei sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen lassen wir uns vom Parlament nicht in die Suppe spucken!

Der VPOD Regionalvorstand beschloss an seiner heutigen Sitzung die nachfolgenden Parolen für die Abstimmung vom 28. Februar 2016:

Durchsetzungsinitiative der SVP: NEIN!

Schluss mit dem Menschenrechts-Gambling: Das Recht auf Gleichbehandlung vor dem Gesetz ist für den VPOD unteilbar und daher nicht verhandelbar.

Volksinitiative „Für Ehe und Familie“ der CVP: NEIN!

Die Initiative verbaut den Weg für eine Individualbesteuerung der Ehepartner und geht von einem Familienmodell von vorgestern aus.

Volksinitiative „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln“ der Juso: JA!

Ein erster, kleiner Schritt gegen die Abzockerei der Nahrungsmittelkonzerne an den Agrarrohstoff-Börsen und damit auch gegen Hunger und Armut in den betroffenen Regionen der dritten Welt.

Sanierung Gotthard Strassentunnel mittels einer zweiten Röhre: NEIN!

Unser Nein zur zweiten Gotthardröhre ist ein Ja zur Neat und zum Autoverlad – da lassen wir uns weder Sand noch Abgaspartikel in die Augen streuen!

Grossratsbeschluss betr. Erweiterung des parl. Instrumentariums: NEIN!

Die Ausarbeitung von Gesetzen ist Sache des Parlaments, die Ausarbeitung von Verordnungen Sache der Regierung in Zusammenarbeit mit den betroffenen Interessenverbänden bzw. den Sozialpartnern, darum: Grosser Rat, Finger weg von den Verordnungen!

Initiative „Freie Wahl aller Wahlpflichtfächer“: JA!

Eine Frage der Gerechtigkeit und der Gleichbehandlung: Auch die SchülerInnen des sog. P-Zugs der Sekundarschule (Gymnasium) sollen uneingeschränkten Zugang zu sämtlichen Wahlpflichtfächern haben.

Weitere Auskünfte:

Martin Kaiser, Co-Präsident vpod region basel, 079 478 75 23

Toya Krummenacher, Co-Präsidentin vpod region basel, 079 635 17 32